

IMPULSE FÜR EINE GLOBAL VERANTWORTLICHE, SOLIDARISCHE UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE INFORMATIONS- UND BILDUNGSARBEIT VOR ORT

Teil 1: Antirassismus, Dekolonisierung und Demokratieförderung sind Teil von
entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit!

Wer wir sind?

Wir sind Vertreter*innen von nicht-migrantischen und migrantisch-diasporischen Organisationen, NRO, Verbänden, Eine-Welt-Netzwerken sowie von einer Stiftung, die sich in Städten und auf dem Land für globale Gerechtigkeit engagieren. Dazu fördern und setzen wir Projekte des Globalen Lernens, der Bildung für nachhaltige Entwicklung und der postkolonialen Bildung um.

Warum dieses Papier?

Entwicklungspolitik ist ein Querschnittsthema: In unseren globalisierten Gesellschaften gibt es keinen Bereich, der nicht globale Bezüge aufweist. Wir sagen häufig: Entwicklungspolitik beginnt vor der eigenen Haustür. Damit meinen wir, dass wir als Teil des Globalen Nordens Verursacher*innen von globaler Ungerechtigkeit sind. Wir leben auf Kosten anderer Menschen und Gesellschaften, meistens im Globalen Süden. Und wir leben auf Kosten der Natur und ganzer Lebensräume, auch hier zumeist im Globalen Süden. Dies ist schon ziemlich lange so: Der europäische Kolonialismus hat diese Strukturen der Ausbeutung gelegt, sie wirken bis heute in globaler Ungerechtigkeit fort. Von der afrikanischen Diaspora wird dies „Maafa“ genannt¹, und auch in der Entwicklungspolitik finden sich koloniale Kontinuitäten, die aufgebrochen werden müssen. Vor der eigenen Haustür kehren meint: wir müssen unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unseren Konsum, die Möglichkeiten der Teilhabe von Menschen aus dem Globalen Süden hier, aber auch unsere Haltung, verändern. Wir setzen uns für die weltweite Umsetzung der Rechte, die in der UN-Menschenrechtserklärung für alle Menschen gelten, ein. Mit diesem Verständnis von entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit arbeiten wir seit vielen Jahren und werden seit vielen Jahren staatlich gefördert und unterstützt.

Nun beobachten wir, und auch die entwicklungspolitischen Verbände VENRO und agl, dass dieses Verständnis u.a. im Kontext der Beantragung von Projekten im Förderprogramm FEB BMZ-seitig auf der Arbeitsebene anscheinend nicht mehr in der Form geteilt wird. Themen und Projekte, die im Rahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit die Bekämpfung des Rassismus oder die Aufarbeitung des Kolonialismus bearbeiten wollen, werden hinterfragt oder nicht mehr gefördert. Demokratieförderung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus werden als notwendig zu bearbeitende Rahmenbedingungen entwicklungspolitischer Inlandsarbeit in Zweifel

¹ „Maafa“ in Kiswaheli: Die große Zerstörung in Afrika – damit wird die Versklavung, Kolonialismus, Genozide, Neokolonialismus und Rassismus benannt.

gezogen. Dabei haben sich sowohl die alte wie auch die neue BMZ-Hausleitung öffentlich eindeutig zu diesen Themen und deren Relevanz für die Entwicklungspolitik geäußert. Wir befürchten, dass eine solche, oben genannte einschränkende und engführende Haltung zivilgesellschaftliche Strukturen schwächen, migrantisch-diasporische Akteur*innen ausgrenzen und notwendige Bildungsprojekte gegen demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen, die sich gegen eine weltoffene, vielfältige Gesellschaft richten, nicht mehr stattfinden werden. Dies trifft dann insbesondere den Osten Deutschlands, wo zivilgesellschaftliche Strukturen immer noch schwächer sind und in der Regel weniger Fördermittel zur Verfügung stehen. Das wäre aus unserer Sicht ein schlechtes Signal für die dort mutige Zivilgesellschaft.

Mit diesem Papier möchten wir zu einer Debatte zwischen Staat und Zivilgesellschaft beitragen: Wie kann die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft, wie kann das BMZ mit seinen Programmen und Einrichtungen (hier Engagement Global), wie können auch die Bundesländer noch stärker dazu beitragen, dass wir wirklich den gemeinsamen Zielen für eine nachhaltige Weltgesellschaft näher kommen? Wir sind der Meinung, dass eine solche gemeinsame Debatte jetzt geführt werden muss. Dieses Papier versteht sich als Anstoß zu einer weitaus breiteren Debatte, in die weitere Akteure eingebunden werden sollen. Deswegen ist dies hier auch nur der „Teil 1“. Außerdem richtet sich dieses Papier auch an Menschen mit Flucht- und/oder Migrationserfahrung als entwicklungspolitisch Mitwirkende. Das Papier soll auch Raum für ihre Perspektiven bieten und sie dazu einladen, ihre wichtigen Beiträge zu leisten.

Wir sind bereit, den Umbau zu einer nachhaltigen Gesellschaft, in der nachhaltiges Denken, Handeln und die entsprechenden Strukturen Normalität werden, mit allen Kräften umzusetzen!

Kurzer Absatz über die Begrifflichkeiten, Positionierungen, Ebenen der Probleme

Um möglichst inklusiv und barrierefrei in der Debatte miteinander zu sein, bedarf es eines grundsätzlichen Verständnisses und einer gegenseitigen Toleranz für verschiedene Begrifflichkeiten (so lange sie nicht verletzend sind), für die Tatsache unterschiedlicher Positionierungen, Ausstattung mit Macht und Grad an Betroffenheit. Ein solcher Hinweis ist, dass z.B. ein Teil der afrikanischen Diaspora den Begriff „Maafa“ statt Kolonialismus verwendet und begründet. Manche von uns nutzen statt Geflüchtete den Begriff „Neuangekommene“. Neue Begriffe sollen nicht spalten oder isolieren. Sie stellen vielmehr oft eine bislang nicht berücksichtigte Perspektive, Aneignung und Empowerment dar. Bei neuen Begriffen helfen u.a. Offenheit, kritische Selbstreflexion und auch ein Glossar (z.B. <https://www.brebit.org/Glossar.html>). Wir haben darüber hinaus bei den ersten Diskussionen unter uns auch festgestellt, dass einige von uns den Rahmen des Papiers deutlich größer setzen möchten. Dies betrifft grundsätzliche Fragen der EZ. Dies würde aber den Rahmen und das unmittelbare Anliegen dieses Papiers hier sprengen. Und vermutlich müssen größere Fragen in anderer Zusammensetzung der Akteure diskutiert und verschriftlicht werden. Deswegen belassen wir es einstweilen bei dem Hinweis auf weiterführende Fragen.

1. Rassismus und rechte Gewalt sind Kontexte entwicklungspolitischer Inlandsarbeit

*Die Problemlage in der Region ist so, dass Schulen uns aus der Not heraus buchen, weil sie die Situation (Hitlergruß, offensichtliche Klamotten der rechten Szene, Abwerben kleiner Schüler*innen*

*durch große Schüler*innen zum ideologischen Boxtraining/Kampfsport oder zur Identitären Bewegung, etc.) an ihrer Schule (zeitlich/fachlich) nicht mehr handhaben können.*

Dieses Zitat stammt von einer BMZ-Land-geförderten Eine Welt-Promotorin in Sachsen, die in Schulen und an außerschulischen Lernorten arbeitet. Die Erwartungshaltung der Schulen überfrachtet den Auftrag der Kollegin. Sie soll eigentlich „globale Herausforderungen, Zusammenhänge und ihre Einflüsse auf den Einzelnen verdeutlichen“. So steht es in dem BMZ-Konzept für Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Jedoch: In der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit an vielen Orten Ostdeutschlands (und auch im Westen) sind oben beschriebene Szenarien und Situationen keine Seltenheit. Vielmehr „begleiten“ sie vielerorts die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, solidarische Projektarbeit und ein Engagement für einen gerechten Welthandel. Davon zeugen weitere Rückmeldungen von Kolleg*innen aus anderen Bundesländern auf die simple Frage, wie Rassismus und Rechtsextremismus ihre Arbeit berühren. Die Kolleg*innen problematisieren, dass es für migrantische oder BIPoC-Bildungsreferent*innen vielerorts schwierig bis unmöglich ist, ihre Arbeit zu machen bzw. ihren Bildungsauftrag zu erledigen. Sie müssen mit dem Umstand umgehen, dass sowohl Schüler*innen als auch Lehrer*innen stark vorurteilsbelastet und nicht offen an Themen des Globalen Lernens herangehen. Weitere Berichte zeigen, dass rassistische und antisemitische Anfeindungen, das Zeigen oder Tragen von Nazi-Symbolik, Gewaltandrohungen bis hin zu tätlichen Angriffen die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit auf jeglichen Ebenen prägen.

2. Gründe, warum wir Kolonialismus, Rassismus und Demokratie in der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit adressieren

Angriff auf unsere entwicklungspolitischen Werte und Ziele

Entwicklungspolitische Inlandsarbeit muss auf rechtsextreme, rassistische sowie menschen- und demokratiefeindliche Bedrohungen (re)agieren, weil diese unsere gemeinsamen Werte von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Weltoffenheit, ein solidarisches Handeln entlang der Agenda 2030 in Frage stellen. Sie konterkarieren Wirkungen und Ziele entwicklungspolitischer Bildungsarbeit. Viele entwicklungspolitische Themen werden abgelehnt: die Universalität der Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit/Gender, koloniale Aufarbeitung, der menschengemachte Klimawandel. Multilaterale Verträge wie der zu Migration oder die UN-Resolution zur Agenda 2030 bzw. die Nachhaltigkeitsstrategie werden nicht anerkannt, multilaterale Institutionen diskreditiert.

Niemanden zurücklassen, möglichst viele mitnehmen

Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit muss sich mit Rassismus, Autoritarismus und Rechtspopulismus auseinandersetzen, weil alle Menschen, auch die skeptischen und Nicht-Überzeugten, letztlich Zielgruppen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sind. Auch sie haben eine globale Verantwortung. Es braucht mehr Menschen, die sich für globale Gerechtigkeit einsetzen. Unsere Bildungs- und Inlandsarbeit setzt auf gemeinsame, globale Verantwortlichkeit und Zusammenarbeit bei der Sicherung der Überlebensfähigkeit des Planeten. Nationale Egoismen, Chauvinismus und Ausgrenzung stellen keine Lösung globaler Fragen dar. Sie verschärfen die Probleme!

Eine pädagogische Grundlage unserer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Antirassismus, Postkolonialismus und Demokratieförderung sind eine zentrale Grundlage für unsere entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Denn Menschen mit rassistischen, menschenverachtenden

und demokratiefeindlichen Einstellungen können wir nur schwer für unsere Themen der globalen Gerechtigkeit und für eine offene, tolerante, nachhaltige und respektvolle Gesellschaft erreichen. Insbesondere in unserer Bildungsarbeit mit Kindern und jungen Erwachsenen versuchen wir bereits proaktiv der Entwicklung von rassistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Wir sind der Persönlichkeitsbildung und damit der Vermittlung von Schlüsselkompetenzen in einem Themenfeld verpflichtet, was zu den zentralen Überlebensfragen der Menschheit zählt. Trotz klarer inhaltlicher Fokussierung gibt es dabei Überschneidungen zu Themen wie Frieden, Einhaltung der Menschenrechte, Ökologie u.a.m. Diesen Zusammenhängen stellen wir uns. Nicht zuletzt deshalb regt Globales Lernen zur kritischen Selbstreflexion an, wie eigene Denk- und Wertemuster geprägt sind und wie diese durch neue Sichtweisen verändert werden können. Globales Lernen vermittelt zudem wichtige Handlungsmöglichkeiten zugunsten einer friedlichen, solidarischen und gerechten Welt – gegen Gewalt- und Unterdrückungsmechanismen.

Folgen des Kolonialismus prägen unsere Gesellschaft und den Globalen Süden

Die koloniale Expansion Europas, die gewaltsame Unterdrückung und Ausbeutung der Ressourcen wurden rassistisch legitimiert, religiös und ‚wissenschaftlich‘ gestützt. Die dort gelegten Macht- und Herrschaftsverhältnisse prägen bis heute Nord-Süd-Beziehungen. Sie zeigen sich zum Beispiel in der globalen Wirtschaft und prägen gesellschaftliche Denk- und Handlungsmuster. Rassismus zieht sich bis heute durch die gesamte Gesellschaft. „Wer für die Zukunft handeln will, muss die Vergangenheit verstehen“, lautet eine Weisheit.

Die Befassung mit Rassismus und Kolonialismus ist relevant, um rassistisch geprägte

Wahrnehmungen aufzubrechen. Denn sowohl in der Projektarbeit als auch in der internationalen Begegnung können koloniale und rassistische Denkmuster Begegnungen verhindern. Willkürliche Grenzziehungen, die heute noch zu Konflikten führen, Handelsrouten des Versklavungshandels, die bis heute in europäischer Hand liegen, Raubbau an natürlichen Ressourcen – politische, geografische, soziale und ökonomische Folgen des europäischen Kolonialismus beschränken bis heute eine selbstbestimmte Entwicklung des Globalen Südens. Von daher sind sie selbstverständlich Gegenstand und Bezugspunkt entwicklungspolitischer Diskussionen in der Bildungs- und Inlandsarbeit.

Entwicklungspolitische Inlandsarbeit ist Demokratie bildend

Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit realisiert nicht nur die engeren Ziele des Globalen Lernens, des SDG-Unterziels 4.7 oder Ansprüche des BMZ-Konzepts. Vielmehr leistet unsere Arbeit auch einen Beitrag zu Zielen der Bildung für nachhaltige Bildung (BNE), zur politischen Bildung und Demokratiebildung sowie zur Realisierung der weltoffenen Gesellschaft.

Globales Lernen ist ein Konzept der politischen Bildung, das globale Gerechtigkeit und ein gutes Leben für Alle zum Ziel hat. Es fördert die Empathie und Solidarität, es motiviert Menschen dazu, sich zu beteiligen und stärkt die Teilhabe aller an der Gesellschaft – dadurch ist es auch demokratiebildend. Umgekehrt brauchen wir Demokratiebildung bzw. Elemente daraus (z.B. Entscheidungsfindung, Beteiligungsinstrumente, das GG als Grundlage unseres Zusammenlebens, Konfliktlösung usw.), um überhaupt entwicklungspolitisch handlungsfähig sein zu können.

Kontexte und Wirkungen beachten

Im vom BMZ finanzierten Forschungsvorhaben „Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit“ wird betont, dass bestimmte Kontexte wie eine politische Legitimierung entwicklungspolitischer Arbeit, Leitlinien auf Landesebene, ein außerschulischer Lernort oder die Authentizität und Professionalität der Referent*in sich positiv auf gewünschte entwicklungspolitische Ziele auswirken können.

Negativ auswirken können sich dann aber auch: Rassismus, Vorurteile, autoritäre und demokratiefeindliche Einstellungen, Bedrohungen. Dies zeigen Berichte der Kolleg*innen: Mitarbeiterinnen

einer migrantischen Frauenorganisationen, die zu den SDG arbeiten, fühlen sich eingeschüchtert, weil Nazis beständig vor dem Ladenlokal posieren. Mehrere Mitglieder eines entwicklungspolitischen Netzwerkes finden ihren Namen auf der Nordkreuz-Feindesliste wieder und müssen in der Arbeit nebenher damit klar kommen. Schwarze und migrantische Referent*innen werden in bestimmten Regionen und schulischen Kontexten nicht eingesetzt oder angefordert, weil der Alltagsrassismus das verhindert. Ganze Klassen verweigern die Mitarbeit beim Thema „Islam“. Filmausschnitte/Interviews mit Menschen aus dem Globalen Süden/BIPoC werden regelmäßig negativ kommentiert.

Für uns folgt daraus, Faktoren wie Rassismus, Realität kolonialer und autoritärer Bilder oder rechtsextreme Bedrohungen bei der Entwicklung von entwicklungspolitischen Angeboten und in der Arbeit mit schulischen oder außerschulischen Zielgruppen zu berücksichtigen. Vielleicht ist ein Argumentationstraining gegen rassistische Äußerungen Teil der Vorbereitung von Referent*innen oder wird ein Anti-Rassismus-Training für die Lehrer*innen benötigt. Nicht selten sind die Lehrer*innen Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Unter Umständen muss eine Kolleg*in aus der Demokratiearbeit mit in das BNE-Modul eingebunden werden, um mit etwaigen massiven Widerständen in der Klasse zurechtzukommen. Vielleicht muss die eigene entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu „Demokratisierungsprozessen im Südlichen Afrika“ mit einer Einheit zu Demokratiebildung begonnen werden, wenn – statistisch gesehen – jeder siebte 16-Jährige in Ostdeutschland eine rechtsgerichtete Diktatur befürwortet (Leipziger Autoritarismus-Studie).

Erste Ideen, Vorschläge und Forderungen dazu, unter welchen Bedingungen diese herausfordernde Arbeit erfolgreicher und wirkungsvoller sein könnte

Wenn wir auf entwicklungspolitisch relevante Themen aufmerksam machen, Menschen zu kritischer Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Anliegen ermuntern und zu nachhaltigem Engagement für eine global gerechte Welt ermutigen wollen (so steht es im BMZ-Konzept), so kommen wir nicht umhin, die Realitäten von Rassismus, Rechtspopulismus und autoritäre Einstellungen konzeptionell, zielgruppenanalytisch, methodisch und bei der Wahl der Maßnahmen/ Aktivitäten zu berücksichtigen.

Im Folgenden fassen wir dazu ein paar konkrete Erfahrungen und Beispiele von Kolleg*innen zusammen, die andeuten, was gegebenenfalls hilft:

Konkrete Solidarität, Anerkennung und Preise helfen!

Es ist staatliche und zivilgesellschaftliche Solidarität notwendig. Engagement muss mehr wertgeschätzt werden. Die genannte Frauenorganisation war kurz davor, ihr Büro aufzugeben, aber direkte Solidarität und die Verleihung des SKEW-Preises „Kommune in der Einen Welt“ haben dies verhindert. Öffentliche Anerkennung schützt auch. Ein anderer Verein wurde als „Ort der Demokratie“ ausgezeichnet. Auch das hat seine Position in einer Situation gestärkt, als sie von rechts angefeindet wurden.

Aktiv an die Öffentlichkeit gehen und sich breit vernetzen – Aktion statt Reaktion

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen können diese Themen heutzutage nicht mehr als Tabu betrachtet werden. Aus diesem Grund sollte die Politik nicht wegschauen. Breite zivilgesellschaftliche Bündnisse, die Rassismus nicht ignorieren, sondern öffentlich machen, sich solidarisieren und sich vernetzen, helfen. Überhaupt zeigt die Erfahrung, dass die Vernetzung mit anderen, die potenziell in einer ähnlichen Situation sind und die sich gegenseitig Unterstützung zusagen, hilfreich ist. Hier ist es oft wichtig, dass dann Dritte von außen dazu kommen, anreisen, vor Ort sind und den Betroffenen den Rücken stärken.

Umwege gehen

Um die Inhalte des Globalen Lernens zu platzieren, kann es manchmal sinnvoll sein, Umwege zu beschreiten. Zwei Erfahrungen hierzu:

„Nachdem wir zu zentralen Problemlagen der Schule beraten hatten, waren einige Schulen offen für andere Themen, wie z.B. für die SDGs oder zur Auseinandersetzung mit Ursachen von Flucht und Migration“

„Bei einem Projekt an einer Schule in der Nähe der thüringisch-bayrischen Grenze unterrichtete ich eine Klasse, die ziemlich "Fluchtgrund skeptisch" war. Kolportiert wurde: "Das sind doch eh alles nur Wirtschaftsflüchtlinge." Daraufhin hab ich gefragt, wessen Eltern oder Verwandte alles in Bayern arbeiten. 12 von 15 TN haben sich gemeldet. Auf die Frage des „Warum?“, antworteten sie, weil es da Jobs und gutes Geld gibt... – vielleicht ein gutes Beispiel, wie die Themen verbunden werden können!“

Wenn möglich, sichere Begegnungen schaffen – sie verändern

Nicht nur in der letzten Autoritarismus-Studie finden sich Hinweise und Belege für die sogenannte „Kontakt-These“. Das heißt, je weniger Berührungspunkte es vor Ort mit Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen und BIPOC gibt, desto größer die Vorurteile, Rassismen und Ängste. Letztlich bedeutet dies, was eine Kollegin schrieb: „Im Grunde aber bräuchten diese Klassen genau das: eine interkulturelle Lern-Gelegenheit, um sich mit ihren eigenen rassistischen Stereotypen im Kopf auseinanderzusetzen.“ Entwicklungspolitische Inlandsarbeit mit seinen unterschiedlichen Formaten kann hier verschiedene Gelegenheiten der Begegnung auf unterschiedlichstem Niveau und mit unterschiedlichen Zielgruppen schaffen, die das Potenzial haben, rassistische Stereotypen, Bilder und Einstellungen ins Wanken zu bringen. Eine klare Voraussetzung für diese riskante Arbeit ist, dass diejenigen, die sich auf so etwas einlassen, ausreichend geschützt und in unterschiedlicher Sicht auch begleitet werden. Und dass diese Arbeit auch angemessen honoriert wird. Erst eine entwicklungs-politische Arbeit, die sich auch rassismus- und machtkritisch ausrichtet, ermöglicht einen gleichberechtigteren Austausch mit Akteur*innen aus dem Globalen Süden. Dies wiederum erhöht die Qualität entwicklungspolitischer Arbeit, indem bisher fehlenden Perspektiven aus dem Globalen Süden Raum für Diskurse, Reflexion und kritische Auseinandersetzung gegeben werden.

Qualifizierung ermöglichen

Um in ihrer Bildungsarbeit erfolgreich bestehen zu können, benötigen verantwortliche Multiplikator*innen eine ausreichende Zusatzausbildung im Umgang mit solchen Situationen. Die Haltung des eigenen Trägers und von dessen Partner*innen muss eindeutig sein und hinter den Referent*innen stehen.

Der Staat muss uns nachhaltig stärken

Globales Lernen braucht als Voraussetzung eine funktionierende Demokratie: Von lebendigen Landkreisen im ländlichen Raum bis hin zu offenen Grenzen und internationaler Zusammenarbeit als Voraussetzung, um anwendbar sein und wirksam werden zu können. Demokratie fällt aber nicht vom Himmel. Wenn es sie geben soll, sind alle staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aufgerufen, sich stets hinlänglich aktiv zu beteiligen. Wir leisten hier unseren Anteil und erwarten vom Staat (Bund und Länder), dass er die NRO und Vereine, die diese herausfordernde Arbeit in den beschriebenen Kontexten leisten, bei der Identifizierung von Strategien, Methoden und Instrumenten im Umgang mit Rassismus, Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit im Rahmen entwicklungspolitischer Arbeit noch stärker unterstützt. Das bedeutet zum einen eine Anerkennung der Bearbeitung von Rassismus und Kolonialismus im Rahmen der entwicklungs-

politischen Informations- und Bildungsarbeit. Das bedeutet zum anderen eine stärkere ideelle und finanzielle Unterstützung von Vereinen, Initiativen und Organisationen, die derart herausfordernd entwicklungspolitisch arbeiten bzw. Projekte der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit umsetzen. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass es eine deutliche politische und finanzielle Aufwertung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im BMZ und im Haushalt geben muss.

Lorenz Backmann (Stiftung Nord-Süd-Brücken); Marianne Ballé Moudoumbou (PAWLO-Masoso e.V.); Uwe Berger (Carpus e.V.); Natália de Barros (Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V.); Heidi Bischof (Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.); Christiane Christoph (EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.); Tahir Della (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.); Abdou-Rahime Diallo (Netzwerk Migrantenorganisationen Brandenburg - NeMiB e.V.); Erbin Dikongue (Orientierungszentrum für MigrantInnen und Flüchtlinge - OMF e.V.); Adina Hammoud (Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V.); Stefan Helmholz (Dachverein Reichenstrasse e.V./Soziokulturelles Zentrum); Ulrike Kauf (Tierra - Eine Welt e.V.); Andrea Krönert (Eine-Welt-Landesnetzwerk M-V e.V.); Dr. Assion Lawson (Magletan e.V./Weltladen Magdeburg); Nadja Losse (Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.); Juliane Markov (Eine Welt e.V. Leipzig); Paulino José Miguel (Forum der Kulturen Stuttgart e.V.); Konstantin Müller (Magletan e.V./Weltladen Magdeburg); Uwe Prüfer (Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.); Gabriele Radeke (Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.); Andreas Rosen (Stiftung Nord-Süd-Brücken); Thomas Schmidt (Straze Greifswald); Tim Strähnz (Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V.); Dorothea Trappe (Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.); Cristina Valdivia Caballero (Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.); Kathleen Veit (Soziale Bildung e.V.); Sylvia Werther (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V.); Dr. Malte Wulfinghoff (Eine Welt Netz NRW e.V.)

Kontakt:

a.rosen@nord-sued-bruecken.de